

Liberaler Leitgedanken¹

Programm des FDP-Ortsverbandes Werdohl zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014

Liberaler Werte und Prinzipien als Maßstab politischen Handelns

Freiheit in Verantwortung

Das wesentliche Ziel liberaler Kommunalpolitik ist es, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ein Höchstmaß an Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben.

Liberaler Politik will die Freiheitsräume des Einzelnen erweitern und durch sinnvolle Rahmenbedingungen sichern. Freiheitsorientierte Politik stellt den Wert der individuellen Freiheit in ihren Mittelpunkt und will staatliche Aktivitäten darauf beschränken, einen transparenten Ordnungsrahmen zu stellen, der das Streben nach individueller Freiheit gewährleistet, gleichzeitig aber Machtmissbrauch, Schaden für Dritte einschließlich nachfolgender Generationen und / oder der Umwelt weitestgehend ausschließt.

Freie Bürgergesellschaft

"Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger".² Liberaler Politik orientiert sich am Leitbild des 'mündigen Bürgers', der Verantwortung für sich und andere übernimmt. Freiheit heißt Selbstverpflichtung. Liberaler Kommunalpolitik setzt deshalb auf freiwilliges Engagement der Bürger³ sowie auf freiwillige Selbstorganisation und gemeinschaftliche Initiative. Die Prinzipien liberaler Politik vor Ort sind: individuelle Verantwortung, Gleichheit aller Bürger vor dem Recht, Bürgerbeteiligung, Selbstorganisation, Toleranz, Integration und kulturelle Vielfalt.

Die freie Bürgergesellschaft entsteht vor Ort durch das Miteinander und Füreinander der Bürger. Sie lebt von der Bereitschaft des Bürgers, Verantwortung für sich und seine Mitbürger zu übernehmen.

Gestalten statt Verwalten!

Liberaler Kommunalpolitik bedeutet für die Werdohler FDP als Bürger dieser Stadt, die kommunalen Anstrengungen mit den Bürgern und für die Bürger nutzbringend und einsichtig zu gestalten. Die wechselseitige Verantwortung von Stadt und Bürgern steht für die Werdohler FDP im Vordergrund ihrer politischen Arbeit. Das, was wir Bürger unserer Stadt in Form von Engagement und Initiative, Ehrenamt, Gebühren, Steuern und Abgaben zukommen lassen, muss sich vorteilhaft auf unseren Lebensraum Werdohl auswirken. So kann sich unsere Stadt weiterentwickeln und zur Lebensqualität jedes Einzelnen beitragen.

¹ Vgl. Söltenfuß, Gerhard, Auf den Bürger kommt es an. Leitlinien liberaler Kommunalpolitik, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam, 4. Aufl. 2014; FDP-NRW, Freie Bürger, starke Kommunen – DAS braucht NRW! Rahmenprogramm zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 25. Mai 2014

² Theodor Heuss (FDP), 1. Bundespräsident (12.09.1949-12.09.1959)

³ In diesen Leitgedanken verwenden wir den Begriff 'Bürger', um alle Menschen anzusprechen, die in Werdohl leben. Wir bitten um Verständnis, wenn im Text zwecks Vereinfachung auf die weibliche Form des Begriffes 'Bürger' verzichtet wurde.

Liberaler Kommunalpolitik durch eine starke FDP im Rat der Stadt Werdohl

Für die Werdohler Liberalen stand und steht immer die Sache im Vordergrund. Sachlich, konstruktiv und nachhaltig wollen wir mitwirken, um die Stadt Werdohl weiter voran zu bringen. Um innerhalb der verbleibenden Gestaltungsspielräume in Werdohl liberale Akzente setzen zu können, wollen wir mit Fraktionsstärke im Stadtrat und in den Ausschüssen vertreten sein. Dann können wir unsere positive Arbeit der letzten Jahre fortsetzen und ausbauen. Die FDP ist seit 1951 ununterbrochen in Fraktionsstärke im Rat der Stadt Werdohl vertreten, und dies soll auch in Zukunft so sein.

Positive Identifikation mit unserer Stadt Werdohl

Wir stehen zu unserer Stadt Werdohl und wollen weiterhin an ihrer Entwicklung zum Positiven mitarbeiten. Unser Anliegen ist, eine Stadt mit zu gestalten, in der die Bürger arbeiten können, gern wohnen und leben und sich aktiv in die Gemeinschaft einbringen. Unser Ziel ist, dass sich die Bürger mit unserer Stadt identifizieren und ein positives Bild von ihr wahrnehmen und weiter vermitteln.

Orientierung am städtischen Leitbild und dem daran ausgerichteten Zielsystem

Die FDP Werdohl hat sich in den vergangenen Haushaltsplanberatungen intensiv dafür eingesetzt, dass Rat und Verwaltung einem gemeinsamen Zielsystem folgen, das Richtschnur für das kommunalpolitische Handeln sein muss.

Die im September 2009 vom Rat der Stadt Werdohl beschlossenen neun strategischen Oberziele sind am städtischen Leitbild ausgerichtet. Die Oberziele sind bei den Entscheidungen innerhalb der kommunalpolitischen Felder zu konkretisieren, d. h. 'herunter zu brechen' und – wo möglich - mit Kennzahlen und Indikatoren zu versehen, die es ermöglichen, den Grad der Zielerreichung messbar zu machen. Wir Liberale wollen an diesem Prozess weiter aktiv mitwirken und liberale Akzente setzen, das ist unsere Vorstellung von konzeptionellem und planerischem kommunalpolitischen Handeln.

Demografischer Wandel als Herausforderung

Das Ziel, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, hat nach Ansicht der Werdohler Liberalen auch für unsere Stadt oberste Priorität. Als Reaktion auf den demografischen Wandel gibt es zwei grundsätzliche Ansätze: Zum Einen müssen wir unsere Infrastruktur zunehmend auf die Bedürfnisse älterer Menschen zuschneiden. Zum Anderen müssen wir aber auch – u. E. vorrangig – darauf abzielen, Fachkräfte sowie Familien mit Kindern für unsere Stadt zu interessieren, sie zu motivieren, hier zu arbeiten, zu wohnen, zu leben.

Konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik

Sparsamkeit ist das Gebot für jede öffentliche Verwaltung. Sie verwaltet das Geld ihrer Bürger treuhänderisch und nicht ihr eigenes Geld. Die Finanzen der Stadt Werdohl werden eindeutig und klar nach jedem Kalenderjahr offen gelegt. Verschiebungen auf private Gesellschaften wie Stadtwerke GmbH und Bäder GmbH werden transparent dargestellt.

Sämtliche Ausgaben, auch die der freiwilligen Leistungen, sind regelmäßig kritisch daraufhin zu prüfen, ob sie unseren Zielen verhältnismäßig gerecht werden oder 'über das Ziel hinaus schießen'. Im Interesse der nachfolgenden Generationen müssen wir - soweit von uns beeinflussbar - bemüht sein, die Schulden nicht weiter zu erhöhen.

Permanenter Interessenausgleich

Es ist uns bewusst, dass das ständige Abwägen zwischen

- den ausgabenwirksamen Bemühungen, die Lebensqualität zu steigern sowie unsere Stadt überlebensfähig und lebenswert zu machen, und
- dem Gebot der Sparsamkeit im Sinne der intergenerativen Gerechtigkeit ein fortwährender Balanceakt ist.

Aber gerade darin sehen wir Liberale eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik, die durch Sachlichkeit geprägt sein muss und sich nicht in persönlichen Profilierungen und Anfeindungen verlieren darf. In diesem Sinne wollen wir als Bürger und mit den Bürgern die Zukunft unserer Stadt für die Bürger konstruktiv gestalten.

Wirtschaftsstandort Werdohl stärken und ausbauen und durch ein effektives Stadtmarketing herausstellen

Produzierendes Gewerbe, Handwerk, Dienstleister, Handel – Mittelstand ist Wirtschaftsfaktor

Keine Großorganisation oder Bürokratie kennt die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen besser als er selbst. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft die demokratischste aller Wirtschaftsformen. In ihr entscheiden nicht Politik und Verwaltung über das Angebot, das offeriert, produziert und angenommen wird, sondern der Einzelne als Verbraucher, Hersteller, Händler, Marktteilnehmer.

Liberale Kommunalpolitik setzt vor Ort Rahmenbedingungen, die Arbeitsplätze ermöglichen. Dabei stehen wir in den Kommunen untereinander im Wettbewerb um Investitionen und um kreative Köpfe. Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Gemeinde wird darin deutlich, wie es ihr gelingt, adäquate Lösungen für die Daseinsvorsorge und andere kommunale Bedürfnisse zu schaffen. Fairer Wettbewerb belebt die Gemeinde, privatwirtschaftliches Engagement ist erwünscht.

Das wirtschaftliche Leben in der Stadt Werdohl wird überwiegend durch kleine und mittelständische Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie durch Handwerk, Dienstleister und Einzelhandel geprägt. Wir müssen den vorhandenen und neu hinzu kommenden Betrieben und Unternehmen einen wirtschaftlich interessanten Standort mit angemessener Infrastruktur bieten und das Investitionsklima kontinuierlich verbessern.

Gewerbeflächen in Werdohl und interkommunale Gewerbegebiete

In Werdohl wird derzeit nur noch die Fläche in Wintersohl als freie Gewerbefläche ausgewiesen. Wenn heimische Unternehmen Raum zum Expandieren benötigen und auswärtige Unternehmen größere Flächen zur Neuansiedlung suchen, sind interkommunale Gewerbegebiete geeignet, da sie sich größer planen, besser verkehrstechnisch erschließen, wirtschaftlicher betreuen und besser vermarkten lassen. Sie schaffen somit für unsere Stadt Zugang zu Möglichkeiten, die im Stadtgebiet allein nicht durchführbar sind.

Effektive und serviceorientierte Wirtschaftsförderung

Wir stehen für eine umsichtige und aktive Wirtschaftsförderung. Neben ständigem Bemühen um Neuansiedlungen und der Förderung von Neugründungen gehört dazu auch ein enger Kontakt zu den bereits ansässigen Unternehmen, um stetig die Rahmenbedingungen für sie zu verbessern. Deshalb begrüßen die Werdohler Liberalen die Initiative der Werdohl Marketing GmbH des 'Werdohler Wirtschaftsfrühstücks', einem Gesprächs- und Kontakt Netzwerk, zu dem sie in Kooperation mit der SIHK derzeit zum dritten Mal eingeladen hat.

Die Werdohler Wirtschaftsförderung ist aber weiter zu privatisieren. Derzeit ist immer noch nur ein Teil der Aufgaben der Wirtschaftsförderung in die Werdohl Marketing GmbH eingegliedert. Die Aufsplittung des Tätigkeitsbereichs der Wirtschaftsförderung auf die Stadtverwaltung einerseits und die Werdohl Marketing GmbH andererseits schafft aber ineffiziente Arbeitsabläufe. Nach Ansicht der Werdohler Liberalen ist die Wirtschaftsförderung in Gänze in einer separaten Wirtschaftsförderungs-GmbH oder unter dem Dach der Werdohl Marketing GmbH, an der die Stadt Werdohl und Werdohler Unternehmen beteiligt sind, auszuüben.

Unternehmen mit zeitgemäßen Kommunikationstechniken ausstatten

Dem Breitbandanschluss kommt heute die gleiche Bedeutung zu wie einst der Erschließung der Region mit Straßen. Neben einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur wollen wir schnellstmöglich eine hundertprozentige Abdeckung mit einfachem und schnellem Internetzugang erreichen.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Werdohler Unternehmen ist es deshalb erforderlich, dass an allen Standorten die Möglichkeiten zum 'schnellen Informationsaustausch' vorhanden sind. Dies bedeutet, dass in Gänze schnelle Internetverbindungen zur Verfügung stehen müssen. Hier denken wir insbesondere an die Standorte in Dresel. Soweit hierfür die Unterstützung übergeordneter Körperschaften (Bund, Land) erforderlich ist, ist diese konsequent einzufordern.

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Gut ausgebildete Schulabgänger bzw. Arbeitskräfte sind ein zunehmend bedeutender positiver sog. 'harter' Standortfaktor. Deshalb sind Kooperationen von Betrieben und Unternehmen mit Schulen und Weiterbildungszentren vor Ort zu begrüßen und weiter auszubauen. Initiativen wie die BOM sind zu unterstützen.

Wünschenswert ist die Einrichtung einer 'Bildungspartnerschaft' zwischen Bildungseinrichtungen, Wirtschaft und Gesellschaft, die eine Plattform z. B. bei der Vermittlung von schulbegleitenden Betriebspraktika oder Mentoren für den Einstieg in die Berufsausbildung bietet. Hierbei kommt der interkommunalen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zu, um die Vielfalt des Angebots zu erweitern. Einer Schließung des Schmalenbach-Kollegs in Altena ist entgegenzuwirken

Attraktivität der Innenstadt und Einkaufsstandort stärken

Die Verbesserung der Möglichkeiten für Einkaufen und Konsum einerseits und die Stärkung der Attraktivität der Werdohler Innenstadt andererseits stehen in wechselseitiger Beziehung. Die FDP erachtet(e) die Ansiedlung auch von größeren Handelsketten in der Innenstadt als richtig, weil sie davon Impulse für den Einzelhandel und auch für die Gastronomie erwartet.

Neben den jährlichen Veranstaltungen wie Stadtfest, Bürgerfrühschoppen, Bauernmarkt und Weihnachtsmarkt, die die Innenstadt beleben, sollen auch unterjährig regelmäßige Aktionen, z. B. der derzeit auf dem Rathausplatz stattfindende Floh- und Trödelmarkt, in die Innenstadt (Bahnhof- / Freiheitstraße) verlegt werden, um den anliegenden Geschäften und Lokalen die Möglichkeit zu geben, hieran zu partizipieren.

Ganzheitliches Stadtmarketing

Die Kreativität vieler Unternehmer, Händler und privater Initiatoren sorgt für Wachstum und Arbeitsplätze. Insbesondere der Werdohler Mittelstand stellt die überwiegende Zahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze; er ist und bleibt deshalb der wesentliche Faktor einer gesunden Wirtschaftsstruktur.

Nach Ansicht der Werdohler Liberalen ist es die Aufgabe eines ganzheitlich angelegten Stadtmarketings, das eine effektive Wirtschaftsförderung einschließt, dieses Potenzial der Werdohler Unternehmen und privaten Initiatoren innerhalb der Stadt und überregional zu 'kommunizieren', d. h. bekannt zu machen, zu verdeutlichen und so unsere Stadt attraktiv darzustellen.

Bildung, Jugend und Familie – Schlüssel für unsere Zukunft

Bildung als Basis für Eigenverantwortlichkeit und Chancengerechtigkeit

Bildung ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, für die Sicherung des Lebensunterhalts und die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Liberale setzen sich dafür ein, dass Bildung als Bürgerrecht jedem Menschen, unabhängig vom sozialen Hintergrund, offen steht. Es ist Ziel unserer Politik, die Befähigung zu einem eigenverantwortlichen Leben der Kinder und Jugendlichen zu fördern und mehr Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Deshalb wollen liberale Politiker trotz schwieriger Haushaltslage mehr kommunale Mittel zukunftsorientiert zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren. Die passgenaue Förderung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ist unser Ziel.

Schulen pflegen und vernetzen, Schullandschaft weiterentwickeln, Vielfalt und Profilierung fördern

Die FDP lehnt den ideologisch geführten Streit um das dreigliedrige Schulsystem auf der einen Seite oder der Einheits- bzw. Gesamtschule auf der anderen Seite ab. Dieser Streit geht zu Lasten unserer Kinder. Für uns ist entscheidend, dass die Qualität des Unterrichts und das Lernklima der Schule stimmen und dass der Unterricht ohne Ausfälle erteilt wird. Bei Lehrerstellen, Klassengrößen und dem Ausbau des Ganztagesangebots darf keine Schulart benachteiligt werden.

Statt vorschnell Schulen zu schließen, wollen wir einen 'Masterplan Schulentwicklung', der – bei schrumpfenden Schülerzahlen - langfristig die Angebotsvielfalt in der Region - auch vernetzt mit anderen Kommunen - erhält. Wir streben eine Vernetzung der Schulen untereinander, der Grundschulen mit den Kindergärten / Familienzentren und der weiterführenden Schulen mit Ausbildern, Verbänden und Kammern an, um jedem Kind und jedem Jugendlichen mit seinen individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten gerecht werden zu können.

Wir wollen ein Bildungsportal (Internet, Printmedium) einrichten, in dem sich Schulen mit ihrem speziellen Profil präsentieren, damit die Vielfalt unserer Schullandschaft und

die individuellen Stärken der Schulen herausgestellt werden können und die Diskussion nicht im Gegeneinander erstarrt. Das Bildungsportal soll auch eine professionelle Beratung ermöglichen, z. B. über spezielle Fördermöglichkeiten; es soll nicht auf unser Stadtgebiet beschränkt, sondern erweiterbar sein, um die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern und den 'Masterplan Schulentwicklung' interkommunal zu ermöglichen.

Die Werdohler Realschule wollen wir Liberale ebenso wie unsere Gesamtschule als feste und verlässliche Bausteine in unserer (inter-)kommunalen Schullandschaft etabliert wissen, wobei u. E. die Realschule weiterhin am Standort 'Brüderstraße' verbleiben soll.

Als Befürworter der Schulvielfalt wollen Liberale weder die Gemeinschafts-(grund)schulen noch die Konfessions(grund)schulen und auch nicht die einzelnen Stadtteile bzw. das Stadtzentrum als Standorte bevorzugen oder benachteiligen. Wir sind trotz der erlittenen Anfeindungen froh, dass es mit unserer Unterstützung gelungen ist, vor dem Hintergrund schrumpfender Schülerzahlen und steigender Haushaltsdefizite vier Grundschulstandorte aufrecht zu erhalten und in keinem Stadtteil eine 'Grundschulbrache' entstehen zu lassen. Insbesondere für den Stadtteil Ütterlingsen, der mit Hilfe der Werdohler Wohnungsgesellschaft (WoGe) an Attraktivität immer weiter gewinnt, ist dies von Bedeutung.

Gebäude und Ausstattung modernisieren

An unseren Schulgebäuden bestehen teilweise bauliche Mängel. Trotz der schwierigen Finanzlage müssen wir die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen durchführen, um eine Umgebung zu schaffen, in der Lernen Freude macht. Wir müssen Brandschutz- und Schadstoffmängel beseitigen, und wir müssen den Energieverbrauch in unseren Schulen und Betreuungseinrichtungen eindämmen.

Medienkompetenz und der Umgang mit modernen Arbeitstechniken muss schon in der Schule gelernt werden. Insbesondere die Lehr- und Lernmittelausstattung in den MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, sind auf einen modernen Stand zu bringen. Hierbei sind Kooperationen von Unternehmen mit Schulen zu fördern. Dies erleichtert nicht nur die Modernisierung unserer Schulausstattung durch Sponsoring, sondern bietet auch konkrete Vorteile für die Schüler durch praxisnahe Inhalte und Praktika sowie einen leichteren Übergang von Schule zum Beruf.

Eine familienfreundliche Infrastruktur schaffen

Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz benötigt, soll diesen erhalten. Bedarfsdeckung bedeutet für uns, dass Kindern im Vorschulalter ein Platz im Umkreis von drei Kilometern von ihrem Wohnort gewährleistet wird. Um insbesondere den berufstätigen Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung zu ermöglichen, setzen wir uns für umfangreiche Betreuungsmöglichkeiten, auch in den Schulferien ein. Die Familienzentren und deren ganzheitlich angelegtes Konzept ermöglichen eine umfassende Begleitung der ganzen Familie und schaffen somit eine familienfreundliche Infrastruktur. Wir befürworten mehr Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen. Eine einseitige Bevorzugung einer Schulform beim Ausbau des Ganztags lehnen wir ab.

Qualitative und quantitative Anhebung der Angebote

Die Steigerung der Qualität der angebotenen Betreuung hat für die FDP oberste Priorität. Ausgaben für Betreuungsplätze sind Bildungskosten und Investitionen in die Zukunft unserer Kommune. Wir setzen dabei auf verstärkte Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher und intensivierte Kooperation zwischen Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen.

Wir fördern die Gründung von Betriebskindergärten. Sie bieten häufig flexible Öffnungszeiten. Für Unternehmen sind sie ein Vorteil im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und sie helfen der Kommune, schneller für jedes Kind einen Platz zu schaffen.

Der Offene Ganztag (OGS) wird zunehmend zur Regel. Umso wichtiger ist eine weitere Steigerung der Quantität und Qualität seiner Bildungsangebote. Dies können wir erreichen, wenn die Schulen sich noch stärker als bisher mit den örtlichen Vereinen vernetzen und bürgerschaftliches Engagement, etwa von Senioren, unbürokratisch in das OGS-Leben integrieren.

Die FDP will ein Garant für Träger- und Angebotsvielfalt in unserer Kommune sein, damit Eltern das Angebot auswählen können, das für ihr Kind das Beste ist. Bei der Schaffung neuer Angebote haben für die FDP Elterninitiativen und danach andere freie Träger Vorrang vor städtischen Angeboten. Dies entspricht einerseits unserem Ziel der Angebotsvielfalt und andererseits unserer Vorstellung einer Bürgergesellschaft, in der die Bürger selbst durch ihr Engagement entscheiden, wo und wie es in unserer Kommune weitergehen soll.

Kindergartenbeiträge langfristig gegen Null reduzieren

Die frühkindliche Erziehung und Bildung in den Familienzentren und Kindergärten ist für unsere Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung, denn die Kinder von heute prägen unsere Gesellschaft von morgen. Deshalb sehen die Werdohler Liberalen nicht ein, dass hierfür von den Eltern immer noch z. T. relativ hohe Beiträge gezahlt werden müssen, während im Gegensatz dazu die schulische Bildung beitragsfrei ist.

Langfristig will die FDP auf Landesebene alle Bildungsangebote im vorschulischen Bereich beitragsfrei anbieten. Allerdings haben für uns der Ausbau der Plätze und eine höhere Qualität des Bildungsangebots Vorrang. Erst wenn jedes Kind einen Platz hat, an dem es optimal gefördert wird, wollen wir auf Landesebene schrittweise die Beiträge senken und schließlich ganz abschaffen. Als ersten Schritt will die FDP auf Landesebene ein neues Beitragssystem mit einer durchgehenden Geschwisterermäßigung durchsetzen. Die Ermäßigung soll es unabhängig davon geben, ob die Geschwister in der Tagespflege, in Kindertagesstätten oder in der Offenen Ganztagschule betreut werden. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass auch privatgewerbliche Kindertagesstätten wie freie Träger bezuschusst werden.

Volkshochschule als Bildungszentren

Die Volkshochschule Lennetal (VHS) ist mit ihren Trägerstädten Werdohl, Altena, Nachrodt-Wiblingwerde, Neuenrade und Plettenberg ein Beispiel für gute interkommunale Zusammenarbeit. Wir Liberale schätzen die VHS als bedeutendes Bildungszentrum für alle Bevölkerungsgruppen in jedem Alter und sind froh darüber, dass sie als Pflichtaufgabe dem Sparzwang nicht so leicht zum Opfer fallen kann wie die freiwilligen Leistungen. Gleichwohl ist die wirtschaftliche Führung der VHS selbstverständlich.

Kultur, Sport und Freizeit, Ehrenamt und Vereinstätigkeit in einem professionellen Stadtmarketing zusammenführen und ausbauen

Kultur und Sport – Quellen der Inspiration

Attraktive Kultur- und Sportangebote sowie Freizeitmöglichkeiten machen unsere Stadt lebenswert und sind im Laufe der letzten Jahre als sog. 'weicher' Standortfaktor immer bedeutender für die Neuansiedlung von Unternehmen und den Zuzug von Bürgern geworden.

Kultur stiftet Identität, trägt zu Verständnis, Respekt und Toleranz gegenüber anderen Kulturen bei und fördert Kommunikation in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist Quelle der Inspiration und der Innovation und damit Grundlage der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Kunst und Kultur stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und wirken ein auf die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften.

Sport bietet eine wichtige Abwechslung zum Alltag, schafft Perspektivwechsel und bereitet Freude. Er dient der eigenen Gesundheitsvorsorge und dem Austausch der Kulturen und vermittelt Werte wie Fairness, Akzeptanz von Regeln und Achtung des sportlichen Gegners. Wer Sport treibt, hat eine höhere Lebensqualität.

Ehrenamt und Vereinsarbeit anerkennen, öffentlich-private-Partnerschaft und interkommunale Zusammenarbeit nutzen

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass ein wünschenswertes flächendeckendes Angebot an Musik, Theater und bildender Kunst, der Erhalt des Stadtmuseums und der Denkmäler, der Stadtbücherei und der Musikschule sowie die Bereitstellung und Pflege vielfältiger Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen vor dem Hintergrund des Stärkungspaktes und den damit verbundenen Sparzwängen nicht allein durch städtische Ausgaben erreicht werden können, sondern dass wir auf das ehrenamtliche Engagement der Bürger, die Selbstorganisation, auf öffentlich-private-Partnerschaft (ÖPP) und auf interkommunale Zusammenarbeit setzen müssen.

Die Vielfalt von Angeboten in den Bereichen Bildung und Kultur, Sport und Freizeitgestaltung ist nur durch die Unterstützung der zahlreichen ehrenamtlich tätigen Menschen in unserer Stadt möglich, die sich z. B. in Vereinen organisieren und verschiedenartige Aufgaben auf kulturellen, sportlichen, sozialen, kirchlichen oder die Natur schützenden Gebieten übernehmen. Diese ehrenamtlich Tätigen und die Vereine sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und unsere Stadt.

Eine vielfältige Vereinslandschaft motiviert zur aktiven Gestaltung der Freizeit und fördert soziale Verantwortung. Insbesondere für Kinder und Jugendliche leisten die Vereine wertvolle Arbeit, die die Stadt ohne großen finanziellen Aufwand selber nicht leisten könnte. Das ehrenamtliche Engagement ist uneingeschränkt anzuerkennen. Die städtischen Unterstützungen für Vereine dürfen bei aller Notwendigkeit zur Einsparung nicht weiter reduziert werden.

Liberaler Kommunalpolitik sieht in den Ausgaben für die Kultur zuerst Zukunftsinvestitionen. Kulturförderung legt das Fundament für Bürgerengagement. „Mit Politik kann man keine Kultur machen; vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.“⁴

⁴ Theodor Heuss (FDP), 1. Bundespräsident (12.09.1949-12.09.1959)

Kulturelle Vielfalt stärken und erleben

Auch auf Initiative der FDP ist es mit Hilfe der Werdohler Kulturvereine (z. B. Kulturverein Werdohl – heute e. V., Kleines Kulturforum e. V.) und anderen Werdohler 'Kulturaktiven' gelungen, das (inzwischen leider stark reduzierte) städtische Kulturangebot durch nichtstädtische Angebote im Rahmen eines ÖPP-Konzeptes zu erweitern und zu ergänzen. Dadurch ergibt sich eine höhere Identifikation mit den kulturellen Angeboten in unserer Stadt. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass bei den Kulturveranstaltungen einheimische Künstler und Vereine als fester Bestandteil in das Programm eingearbeitet werden, da so die Stabilität von Eintrittspreisen erreicht und die Besucherfrequenz erhöht werden kann.

Das Erleben der kulturellen Vielfalt in Werdohl wird auch durch Veranstaltungen wie 'Werdohl international' oder den 'Bürgerfrühshoppen' deutlich, die auch weiterhin im Veranstaltungskalender der Stadt nicht fehlen sollten, aber inhaltlich überarbeitet werden sollten. Private Initiativen wie das Bürgerbrückenweinfest sind zu begrüßen und liegen auf liberaler Linie der Bürgergesellschaft.

Größere 'Events' oder Veranstaltungsreihen sollten öfter und zunehmend (nach dem Vorbild 'Rock für Kids') durch die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstädten effektiver und erfolgreicher durchgeführt werden. Durch den stärkeren Austausch von Informationen und die Abstimmung mit unseren Nachbarstädten können wir u. E. alle nur profitieren.

Kulturnahnhof als ein das Stadtbild prägende Gebäude

Der Kauf des Bahnhofsgebäudes mit Hilfe von Sponsorengeldern und die Gründung der 'Stiftung Bahnhof Werdohl' war ein Schritt in die richtige Richtung. Die Neugestaltung und -nutzung des Werdohler Bahnhofsgebäudes ist ein sehr gutes Beispiel für eine gelungene öffentlich-private-Partnerschaft von Wohnungsgesellschaft, Bäckerei Grote, Kinderkunstwerkstatt A. Kögel, Kulturforum e. V. und Stadtmuseum. Die meisten Werdohler Bürger freuen sich über den 'neuen' Bahnhof und wir Werdohler Liberale sind auch stolz darauf, an der erfolgreichen Umsetzung des Konzeptes mitgewirkt zu haben, weil wir fortwährend an das Projekt geglaubt haben. Das gesamte Bahnhofsviertel erhält durch das Gebäude eine Aufwertung.

Stadtmuseum erhalten, Denkmäler schützen

Kinder und Enkel sollen sich ein umfassenderes Bild von der Entwicklung ihrer Stadt machen können. Deshalb halten wir den Erhalt des Stadtmuseums und der Denkmäler für richtig. Im Stadtmuseum würde die Verwaltung von Eintrittspreisen einen höheren Aufwand als Nutzen produzieren. Freiwillige Zuwendungen anlässlich des Museumsbesuches und die Eigenverwaltung dieser Einnahmen erzeugen einen größeren Positiv-Effekt.

Im Denkmalkataster unserer Stadt sind rund fünfzig Objekte enthalten. Wir halten es für ein fatales Signal der Landesregierung, aus der Denkmalpflege und dem Denkmalschutz langfristig ganz auszusteigen. Erhaltenswerte Gebäude sind – soweit überhaupt noch vorhanden - vor dem Abriss zu bewahren. Die Eigentümer sollten kostenlos und aktiv beraten sowie in der Planung von Nutzungsabsichten unterstützt werden.

Standard der Stadtbücherei sichern und ausweiten

Wir Liberale sehen die Stadtbücherei als Bildungseinrichtung, deren Nutzung und ‚Erleben‘ nicht durch Gebühren erschwert werden darf. Das Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache und das Lesen sind für alle hier lebenden Bürger der Schlüssel für Bildung und Lebensgestaltung. Nutzungsgebühren für Kinder und Jugendliche halten wir deshalb für inkonsequent und kontraproduktiv. Der von der FDP mitgetragene Beschluss über den Umzug der Bücherei in die ‚Freiheitstraße 1‘ und die Ausweitung der Grundfläche waren in diesem Sinne richtig und konsequent.

Musikschule bezahlbar halten, Unterricht weiterentwickeln

Die Musikschule Lennetal e. V., die von Werdohl gemeinsam mit den Nachbarstädten Altena, Neuenrade und Plettenberg sowie in Kooperation mit der Gemeinde Finnentrop getragen wird, trägt in erheblichem Maße zur kulturellen Bereicherung unserer Stadt bei.

Die moderate Anhebung der Gebühren war dem Stärkungspakt und dem damit verbundenen Sparzwang gezollt. Da das Musizieren und das Erlernen eines Instrumentes aber ganz entscheidend zur geistigen, seelischen und sozialen Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen beitragen, darf die Musikschule keinen weiteren Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. Nach Ansicht der Liberalen sollte jedem Kind die Möglichkeit gegeben werden, ein Instrument zu erlernen. Deshalb ist das Projekt der Landes-Stiftung „Jedem Kind ein Instrument“ auch für Werdohl weiterhin umzusetzen. Die Höhe der Gebühren darf - auch unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Führung der Musikschule - keine Hemmschwelle für die Nutzung sein.

In den vergangenen Jahren wurden innerhalb der Musikschule neue, effektivere Unterrichtsformen eingeführt (flexibler Unterricht, Streicherklasse und Bläserklasse in Schulen, Projektgruppen, Zehnerkarte, auch für Erwachsene). Diese Aktivitäten gilt es weiterzuentwickeln, um die Zusammenarbeit mit Kindergärten, Familienzentren und allen Schulen zu stärken. Denkbar sind auch Projekte für Senioren, z. B. in Zusammenarbeit mit Altenheimen.

Die mit dem Stärkungspakt verbundenen weiteren Einsparungen in den kommenden Jahren können, wenn sie nicht abgemildert werden, die Musikschule in eine die Existenz bedrohende Krise führen. Stattdessen sind alternative Finanzierungskonzepte zu finden. Die Personalkosten der Musikschule werden vom öffentlichen Tarifrecht gesteuert. Konzepte, die den Einsatz vermeintlich kostengünstiger Honorarkräfte propagieren, sind in einer Musikschule im ländlichen Raum u. E. nur sehr eingeschränkt anwendbar, z. B. für den Einsatz von nicht examinierten oder nicht mehr hauptberuflich tätigen Musiklehrern.

Insbesondere bei der Finanzierung der Musikschulensembles und Orchester kommt dem Sponsoring und der Zusammenarbeit mit privaten Spendern und Förderern große Bedeutung zu. Hier gilt es in einem interaktiven Miteinander weiterhin Überzeugungsarbeit zu leisten, um die Zahl der privaten Sponsoren und Förderer auszubauen und um auch in unserer Stadt ‚Stifter‘ zu ermutigen, als Kulturmäzene zu wirken. Der Einsatz von Ehrenamtlichen ist hier besonders gefragt.

Die interkommunale Zusammenarbeit der Trägerstädte ist eine Solidargemeinschaft, die allerdings nicht zu Lasten der Stadt Werdohl überstrapaziert werden darf. Einschneidende Sparmaßnahmen in anderen Trägerstädten dürfen nicht dazu führen, dass die Stadt Werdohl umso mehr belastet wird oder dass die Musikschule in eine überlebensbedrohliche Krise gerät.

Sportstätten und deren Attraktivität erhalten

Sportliche Betätigung dient der Gesundheitsvorsorge und trägt zur gesunden körperlichen, seelischen und sozialen Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen bei. Werdohl hat einige Sportstätten, deren Bestand es zu erhalten und zu sichern gilt, so das Stadion Riesei und andere Sportplätze sowie das Hallen- und das Freibad.

Auch die Sportstättengebühren sind dem Stärkungspakt und dem damit verbundenen Sparzwang gezollt. Statt weitere Sparmaßnahmen einzuführen, sind auch hier alternative Finanzierungskonzepte zu finden. Bei der Nutzung und Pflege von Sport- und Freizeitstätten halten wir eine Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen für sinnvoll. Die FDP will auch private Investoren ermutigen, in Sportstätten zu investieren. Über einen zweiten Kunstrasenplatz auf dem Riesei ist nachzudenken.

Rad- und Wanderwege pflegen und ausbauen

Die FDP ist im Rahmen des finanziell Möglichen für die weitere Verbesserung des Radwegenetzes. Es dient der Anbindung an Naherholungsgebiete (z. B. an Verse und Lenne) und deren Nutzung. Mit der Einbeziehung der Werdohler Radwege in die 'Lenneroute' ist ein Anfang gemacht. Weitere Lücken müssen geschlossen werden. Bei der Neugestaltung und Errichtung von Straßen und Plätzen sind die Interessen der Radfahrer zu berücksichtigen, wie es vor Jahren beim Ausbau der Bundesstraße in Eveking gezeigt wurde.

Eine einfache Möglichkeit zum Ausbau des Radwegenetzes kann z. B. darin gesehen werden, dass Gehwege, die recht breit angelegt sind, durch einen Markierungsstrich unterteilt und somit für Fußgänger und Radfahrer nebeneinander nutzbar gemacht werden.

Bei der Pflege und dem Ausbau des Wanderwegenetzes und dessen Anschluss an den vom Sauerländischen Tourismusverband ins Leben gerufene 'Höhenflug' ist die Zusammenarbeit mit den Vereinen (z. B. SGV-Abteilungen) unverzichtbar und mit gegenseitiger Förderung lohnenswert.

Tourismus-Konzept weiterentwickeln

Die FDP hat sich in der Vergangenheit dafür stark gemacht, Tourismus-Anreize und ein Tourismus-Konzept zu erarbeiten. Wir freuen uns darüber, dass die Projekte 'Kletterwand' und 'Kanustrecke' mittlerweile durch Bürgerinitiativen realisiert wurden. Weitere Ideen hierzu kreisen um Projekte wie 'W-Weg' als Rundwanderweg um Werdohl, 'Stadt-Rallye' als Stadterkundungs- und -erfahrungsgang durch und um Werdohl mit Unterhaltungswert, 'Sessellift / Seilbahn' und 'Sommerrodelbahn'.

Werdohl liegt in einer beeindruckenden, schönen Landschaft mit Wäldern und Wiesen, zwei fließenden Gewässern, Bergen und Tälern etc., die es herauszustellen und als weiteren Wirtschaftszweig sinnvoll zu nutzen gilt, ohne ihnen zu schaden. Hier liegt u. E. auch für unsere landwirtschaftlichen Betriebe eine mögliche weitere Erwerbsquelle.

Stadtmarketing ist unverzichtbar: 'Wir-Gefühl' schaffen

Alle Initiativen, die die Attraktivität der Stadt erhöhen und Lebensqualität schaffen, die wiederum als Faktor für den Wirtschaftsstandort Werdohl von Bedeutung sind, müssen durch ein professionelles, privatrechtlich organisiertes Stadtmarketing zusammengefasst und koordiniert werden. Das 'Wir in Werdohl' bzw. die 'corporate identity' im positiven Sinne muss ein Ziel des Stadtmarketings sein. Die Werdohl Marketing GmbH ist u. E. dafür als Managementstelle geeignet.

Die Veranstaltungen und touristischen Angebote der Stadt sind noch stärker mit denen des Märkischen Kreises zu verbinden und mit den Öffnungszeiten und Eintrittspreisen u. s. w. auf den Internetseiten von Werdohl und des Kreises zu präsentieren bzw. direkt mit örtlichen Seiten zu verlinken. Die Möglichkeit, Eintrittskarten etc. in anderen Orten zu erwerben, käme unseren mobilen Bürgern und den Veranstaltern entgegen.

Das Stadtmarketing darf sich nicht auf die Innenstadt konzentrieren, sondern muss Stadtteile in Außen- und Randgebieten mit einbeziehen, was auch ein Slogan, einem 'Werdohl-Markenzeichen' zum Ausdruck kommen sollte, z. B. 'Werdohl – Lebensraum an Lenne und Verse'.

Umweltschutz auch bei der Stadtplanung berücksichtigen

Mensch als Teil der Natur – mit Einsicht und Vernunft

Liberale sehen den Menschen als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt. Bei den Herausforderungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen setzen die Liberalen auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, um einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt zu ermöglichen.

Die Lösung globaler Umweltprobleme, z. B. beim Klimaschutz, ist dort in Angriff zu nehmen, wo mit den vorhandenen Mitteln das meiste erreicht werden kann. Symbolpolitik ohne echten nachhaltigen Nutzen für die Umwelt, wie die 'Umweltzonen' in den Großstädten, sollte vermieden werden.

Ein umweltgerechtes Verhalten aufgrund eigener Einsicht und eigenem Verantwortungsbewusstseins bringt langfristig häufig mehr als eine reine Verbotspolitik. Die Raum- und Verkehrsplanung sollte an wege- und energiesparender Mobilität ausgerichtet werden. Die Bürger brauchen ein breites Informations- und Beratungsangebot über Möglichkeiten der privaten und betrieblichen Energiekostensenkung, müssen jedoch nicht am Gängelband starrer Vorschriften gehalten werden.

Landschaftsbild erhalten

Werdohl ist landschaftlich sehr reizvoll. Wir unterstützen erneuerbare Energien, die allerdings Rücksicht auf unsere schöne Landschaft nehmen müssen. Die Erhaltung des Landschaftsbildes hat u. E. Vorrang vor Landschaft verbauenden Windkraftanlagen. Darüber hinaus befürworten wir Höhenbegrenzungen bei Windkraftanlagen auf max. 99 m.

Bäume und Biotope schützen

Der beste Baumschutz ist die Freude der Bürger an der Durchgrünung ihrer Stadt. Die Patenschaften für Straßenbäume und Biotope sollten als Ehrenamt stärker beworben werden. Eine Baumschutzsatzung halten wir jedoch für bürokratisch und deshalb nicht für erstrebenswert.

Abfallbeseitigung marktwirtschaftlich und bürgerfreundlich gestalten

Die beste Form der Wertstoffsammlung muss sich im Wettbewerb bewähren und durch Gebührenanreize zur Nutzung recyclebarer Güter gefördert werden. Damit können z. B. Kunststoffe im Wirtschaftskreislauf ihren Platz finden, indem sie wie Altpapier immer wieder zur Produktion verwendet werden können.

Die Zentralisierung der Entsorgung bestimmter Abfälle auf dem 'Bringhof' erachten wir grundsätzlich für richtig, weil sie für mehr Effizienz sorgt. Gleichwohl ist die Einrichtung dezentraler Container-Sammelstellen für den saisonal umfangreichen Grünabfall eine bürgerfreundliche Maßnahme.

Sauberkeitsoffensive überflüssig machen

Die FDP hatte die 'Sauberkeitsoffensive' grundsätzlich begrüßt und achtet diejenigen hoch, die sich daran beteiligen. Besser ist es aber, wenn solche Offensiven gar nicht erst nötig sind. Deshalb scheuen wir uns nicht zu fordern, dass 'Abfallsünden' konkret wahrgenommen, erfasst und geahndet werden.

Öffentlichen Personennahverkehr optimieren

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sichert die Grundversorgung der Bürger mit Bus- und Bahnverbindungen. Die Fahrpläne der einzelnen Verkehrsträger sind auf den Bedarf und untereinander abzustimmen, so dass einerseits lange Wartezeiten beim Umsteigen vermieden werden und andererseits die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsbetriebe erhöht wird.

Zusammenarbeit von Bahn / Bus & Co. fördern

Die Streckenführungen der Busse in Werdohl müssen optimiert werden, und die Förderung ergänzender Verkehrsmittel im ÖPNV, nämlich Kleinbusse, MVG-Pkw und Taxen sowie der Bürgerbus, schafft Raum für neue Wege im ÖPNV mit dem Ziel, auch bisher unrentable Strecken mit einem Fahrplanbetrieb auszustatten. Vor allem in den Randgebieten der Stadt Werdohl und den Städteverbindungen muss der Nahverkehr mit Zubringer-, Park-& Ride-, Schnell- und Rufbussen verbessert werden.

Bahnverkehr noch attraktiver gestalten

Die Stadt Werdohl muss an das überregionale Verkehrsnetz durch einen uneingeschränkten Erhalt der Strecke Siegen-Werdohl-Hagen angebunden bleiben. Insbesondere muss durch eine regelmäßige Kontrolle der Fußgängerbahnüberführung dafür gesorgt werden, dass zwischen Bus und Bahn komfortabel umgestiegen werden kann und dass auch weiterhin kostenlose Pkw-Parkmöglichkeiten für Bahnreisende angeboten werden.

Verkehrsfluss verbessern

Die Struktur unseres Raumes lässt einen Verzicht auf die tägliche Nutzung des individuellen Fahrzeuges nicht zu. Wir sind deshalb auf unsere Straßen in funktionstüchtigem und verkehrssicherem Zustand angewiesen.

Die FDP regt an, an allen Ausfallstraßen zu prüfen, ob diese mit möglichst beidseitigen Mehrzweckstreifen versehen werden können. Diese Streifen werden an den vorhandenen Straßen an deren Rändern abmarkiert und geben Radfahrern und ggf. Wanderern je einen eigenen Bereich. Autofahrern ist das Befahren des Streifens erlaubt, wenn dieser frei ist. Optisch bewirkt diese Markierung eine Verengung der Fahrbahn, was zum zivilisierten Fahren beiträgt. Häufig befahrene und relativ enge Straßen im Innenstadtbereich sollten darauf hin geprüft werden, ob durch eine geschickte Einbahnstraßenregelung der Verkehrsfluss verbessert werden kann.

Verkehrslärm und Schadstoffausstoß senken

Umweltschutz ist auch bei der Verkehrsplanung zu berücksichtigen. Durch ein verkehrstechnisches Gesamtkonzept müssen die Ampelanlagen so gesteuert werden, dass die Wartezeiten für die Kraftfahrzeuge auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Hierdurch verringert sich nicht nur der Ausstoß von Schadstoffen, sondern auch der Verkehrslärm.

Überflüssige Ampelanlagen abschaffen, sinnvolle Kreisverkehre einrichten

Ganz oder teilweise überflüssige Ampelanlagen sind abzubauen bzw. außerhalb der Hauptverkehrszeiten (nachts) konsequent abzuschalten), um den Verkehrsfluss zu stärken und für die Bürger schädliche Lärm- und Abgasemissionen zu vermeiden. An verbleibenden Verkehrsampeln ist der Rechtsabbiegeverkehr gesondert zu leiten. Soweit möglich, sind sie mit 'Grünen Pfeilen' auszustatten. Die FDP unterstützt die Modernisierung veralteter Ampelanlagen mit intelligenten Anforderungsschaltungen. Ein schnelles Weiterleiten des Verkehrs statt längerer Haltezeiten vor Ampeln führt insbesondere nachts zu mehr Sicherheit.

Bei Neu- und Ausbauten von Verkehrsknotenpunkten sind Kreisverkehre zu bevorzugen.

Tempo 30 nur in Wohngebieten zulassen

Teure Straßen-Aufpflasterungen zum Zwecke der Verkehrsberuhigung sind zu unterlassen. Die flächendeckende Einrichtung von Tempo-30-Zonen muss unterbleiben bzw. zurückgenommen werden. Lediglich zur Entschärfung von Gefahrenpunkten insbesondere für Kinder in Wohngebieten dürfen und sollen Tempobeschränkungen eingerichtet werden.

Schulwege und Schülertransporte sichern, durchgehende Busverbindungen für Schulanfänger einrichten

Besondere Bedeutung hat die Sicherung von Schulwegen und zwar sowohl auf Rad- und Gehwegen als auch durch eine ausreichende Zahl von Busplätzen während Schulanfang und -ende. Bushaltestellen sind baulich so zu sichern, dass Kinder nicht zu Schaden kommen können.

Die Ausweitung der Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen gehört in jedes pädagogische Konzept. Der ehrenamtliche Einsatz von Busbegleitern muss weiter gefördert und intensiviert werden.

Insbesondere für die Schulanfänger ist dafür zu sorgen, dass durchgehende Busverbindungen bestehen.

Teilweise Wiedereinführung kostenloser Parkplätze im Innenstadtbereich überprüfen

Werdohl zeichnete sich lange Zeit durch eine Vielzahl von kostenlosen Parkflächen innerhalb des Stadtzentrums aus. Bedingt durch die Auflagen des Stärkungspaktes gehört dieser Zustand der Vergangenheit an. Obwohl es nun leichter geworden ist, einen freien innerstädtischen Parkplatz zu finden, gibt es erste Stimmen, die negative Auswirkungen auf den Werdohler Einzelhandel vermelden.

Die FDP fordert daher, dass regelmäßig mit Augenmaß diese mögliche negative Entwicklung zu prüfen ist, um bei Bedarf gegenzusteuern, bspw. durch die Wiedereinrichtung einer partiellen Freiparkzone.

Straßenschäden möglichst zügig beseitigen

Obwohl die letzten Winter eher mild waren, hat sich der Oberflächenzustand unserer Straßen in vielen Bereichen weiterhin unzumutbar verschlechtert. Hier setzt sich die FDP dafür ein, dass trotz des Sparhaushaltes weitere Mittel für die durchgehende und konsequente Beseitigung aller Straßenschäden zur Verfügung stehen und zeitnah verwendet werden, denn schlechte und schadhafte Straßen vermitteln Bürgern und Besuchern ein negatives Bild unserer Stadt.

Erreichbarkeit von Außenbezirken und Stadtteilen sichern

Für die zukunftsweisende Entwicklung und ein funktionierendes Leben in den Stadtteilen ist eine intakte Anbindung an das übrige Verkehrsnetz der Stadt unabdingbare Voraussetzung. So müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die uneingeschränkte Erreichbarkeit des Stadtteils Utterlingsen in deutlich weniger als drei Jahren durch die Errichtung einer neuen Brücke über die Lenne zu gewährleisten. Eine anwohnerfreundliche Einrichtung einer Behelfsbrücke ist ein absolutes Muss.

Auch bei der für ab 2015 geplanten Sanierung der 'Neuenrader Straße' muss die Stadt zielführend auf Straßen NRW einwirken, um die Belastungen, die durch zeit- und kostenintensive Umfahrungen der Baustelle entstehen, zu minimieren.

Bezahlbaren Wohnraum bieten

Wir Liberale setzen auf die schnelle Ausweisung neuen Baulandes und auf Bürokratieabbau bei Baugenehmigungen. Hohe Mieten werden den Neubau von Wohnungen beschleunigen und dadurch langfristig wieder zu einem Absinken der Mieten führen. Wir wollen auf Landes- / Bundesebene eine Investitionszulage einzuführen, die nur in Gebieten mit erhöhter Wohnungsnachfrage (Wohngeldstufe 5 und 6) gezahlt wird, um dort den Neubau von Wohnungen zu beschleunigen.

Sicherheit und öffentliche Ordnung, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Integration und Bürgerbeteiligung stärken

Präsenz der Polizei durch Private ergänzen

Wer sich in den Straßen und auf den Plätzen der Kommune bewegt, soll dies angstfrei tun können. Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben. Wo er bedroht ist, ist eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsbehörden unerlässlich. Wir wollen 'No-Go-Areas' verhindern und Angsträume wie etwa Unterführungen und 'dunkle Ecken' unter anderem durch ausreichende Beleuchtung vermindern.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Bürger in einer sauberen und sicheren Umgebung leben können. Jeder Werdohler soll sich ohne Angst in unserer Stadt bewegen können. Deshalb erwarten wir die Präsenz der Polizei und insbesondere polizeiliche Fußstreifen auch in Wohngebieten.

Die Stadt hat auf das Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit einzugehen und ihre rechtsstaatlichen Möglichkeiten daraufhin zu prüfen, in welcher Weise private Wach- und Sicherheitsdienste ergänzend eingesetzt werden können.

Die FDP lehnt die Videoüberwachung öffentlicher Plätze ab. Es ist zu befürchten, dass es zu einem Verdrängungseffekt kommt und die Kriminalität lediglich an andere Plätze verlagert wird. Wirkungsvoller ist stattdessen eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsamt.

Flächendeckende medizinische Versorgung unter Beibehaltung der Stadtklinik sichern

Die FDP Werdohl ist uneingeschränkt der Meinung, dass die Stadtklinik Werdohl zumindest zur Deckung der Grundversorgung erhalten bleiben muss. Jeglichen Plänen, die Stadtklinik zu schließen, werden wir uns entgegensetzen.

Dem Ärztemangel in unserer Region müssen wir entschieden entgegenzutreten. Wir treten dafür ein, dass auch der Märkische Kreis hier eine aktive Rolle übernimmt, z. B. durch Starthilfen für junge Ärzte. Die Konzentration von Fachärzten in der Innenstadt ist unseres Erachtens richtig. Allgemeinmedizinisch tätige Ärzte sollten dagegen auch in den Außen- und Randgebieten der Stadt niedergelassen sein (z. B. in Utterlingens und in Eveking). Eine bedarfsgerechte Anzahl von niedergelassenen (Fach-)Ärzten ist weiterhin zu fordern, um das z. T. lange Warten auf Behandlungstermine zu verkürzen.

Soziales Engagement und Hilfe zur Selbsthilfe

Wir Liberale sorgen für die Bedürfnisse derjenigen, die auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder immer neue Chancen zum Aufstieg bekommt. Fördern und Fordern sind dabei unsere Leitlinien, um auch den sozial Schwachen ein Leben in Freiheit und Verantwortung zu ermöglichen. Wer nicht für sich selbst sorgen kann, für den sorgt die Gemeinschaft. Dabei setzt die FDP auch auf das soziale Engagement der Bürger und Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe.

Sozialpädagogische Arbeit unterstützen

Die kontinuierliche sozialpädagogische Arbeit des Jugendamtes – gerade mit Problemgruppen - wird von der FDP unterstützt. Langfristig erspart gute Jugendarbeit hohe Folgekosten.

Kindern und Jugendlichen müssen Entfaltungsräume eröffnet werden, in denen sie ihre eigene Kultur leben können. Im Bereich der Jugendsozialarbeit muss der präventive Schutz von Kindern und Jugendlichen weiterhin gefördert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugend- und Gesundheitsamt, gemeinnützigen Initiativen und Selbsthilfegruppen z. B. bei Suchterkrankungen und Gewalt im häuslichen Bereich und im öffentlichen Bereich ist besonders zu unterstützen.

Kinderschutz hat höchste Priorität

Kinderschutz hat für die FDP höchste Priorität. Wir setzen insbesondere auf Willkommensbesuche von Familienhebammen und ehrenamtliche Patenschaften. Die FDP unterstützt ferner den weiteren Ausbau der Hilfen zur Erziehung, also die Unterstützung von Familien bei der Erziehung ihrer Kinder. Wir wollen, dass die Familien selbst ihren Kindern die Sicherheit und verlässlichen Strukturen geben, die sie brauchen.

Wir plädieren für die Unterstützung mit niedrigschwelligen Angeboten der Familienbildung und -beratung und individuellen Hilfen zur Erziehung, um Krisen zu überwinden. Wichtig sind hier insbesondere die Familienzentren, die alle Hilfsangebote an einer Kindertagesstätte bündeln und leicht erreichbar machen.

Inklusion – gleiche Chancen für alle Menschen

Liberaler Politik zielt auf die Vergrößerung der Chancen jedes einzelnen Menschen. Alle Bürger mit oder ohne Behinderung sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Menschen mit Behinderungen sollen selbstverständlicher Teil in der Mitte der Gesellschaft sein und sich nicht überwiegend an gesonderten Orten aufhalten. Wir stärken die eigenverantwortliche und selbstständige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht, öffentliche Gebäude, Straßen und Plätze und öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, und wir setzen uns dafür ein, dies zu ermöglichen. Um Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu fördern, muss Barrierefreiheit überall entwickelt werden.

Bei der schulischen Inklusion warten große Herausforderungen. Umso verantwortungsloser ist es, dass die rot-grüne Landesregierung hier keine Qualitätsstandards setzt und die Kommunen im Stich lässt, obwohl inklusiver Unterricht ohne entsprechende Mittel vor Ort nicht umgesetzt werden kann. Im Schulbereich setzen wir bei der Inklusion auf Qualität statt auf Tempo. Schulen, Lehrerinnen und Lehrer müssen optimal vorbereitet werden, um Kindern mit und ohne Förderbedarf bestmöglich zu fördern.

Um Wahlmöglichkeiten für Eltern zu sichern, wollen wir ein Angebot qualifizierter Förderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten in erreichbarer Nähe erhalten. Entgegen landläufiger Meinung findet hier ein engagierter, spezialisierter Unterricht mit einem Höchstmaß an individueller Förderung statt.

Wir wollen daher schulische Inklusion auch von der anderen Seite aus ermöglichen, nämlich durch die Öffnung für Kinder ohne festgestellten Förderbedarf. So könnten zudem auch kleine Förderschulen trotz rückläufiger Schülerzahlen stabil gehalten werden. Wir wollen die Wahlfreiheit der Eltern zwischen inklusiver Bildung und den spezialisierten Angeboten der Förderschule, um für ihr Kind das optimale Angebot wählen zu können.

Das Inklusionsgesetz der Landesregierung ohne klare Qualitätsstandards, ohne umfassende Fortbildung für die Lehrer und ohne eine Übernahme der Kosten für inklusiven Unterricht, lehnen wir gemeinsam mit fast allen Experten auf diesem Gebiet ab. Ohne qualifiziertes Lehrpersonal und Investitionen in Lehr- und Lernmittel sowie eine gute Ausstattung der Schulen kann die schulische Inklusion nicht gelingen.

Dem demografischen Wandel Rechnung tragen

Wir sind auf dem Weg zu einer Gesellschaft des langen Lebens. Wir werden älter, bunter und weniger. Die Bedeutung der älteren Bürger nimmt zu in Wirtschaft und Gesellschaft. Engagement für und von älteren Menschen ist eine Bereicherung für alle. Dazu gehört die Erweiterung der Möglichkeiten für ältere Menschen zum Mitgestalten und Mitentscheiden in der Kommune.

Wir wollen eine ausreichende Anzahl von Versorgungs-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sicherstellen. Wir achten auf eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ebenso wie auf ein vielfältiges Angebot von Freizeitaktivitäten, die auch ältere Menschen ansprechen. Die Menschen sollen möglichst in ihrem gewohnten Umfeld wohnen, leben und alt werden können.

Generationsübergreifendes und integratives Wohnen fördern

Aufgrund des demografischen Wandels werden zukünftig deutlich mehr ältere Bürger in unserer Stadt wohnen. Daher muss die Frage nach altersgerechtem Wohnen beantwortet werden. Gleichzeitig muss auch insbesondere für junge Familien sichergestellt werden, dass familiengerechter Wohnraum bereitgestellt wird und finanzierbar ist. Wir Liberale halten das Konzept des sog. generationsübergreifenden Wohnens für geeignet, das verständnisvolle Miteinander von Jung und Alt herzustellen.

Miteinander von Jung und Alt fördern, eine Kultur des Hinsehens und Helfens schaffen

Wenn Menschen verschiedener Generationen miteinander reden, ihre speziellen Situationen und Probleme verständlich machen, einander zuhören, sind dies gute Voraussetzungen, um eine Kultur des Hinsehens und Helfens zu schaffen. Viele möchten im Alter ihre Erfahrung weitergeben und sich in unser Gemeinwesen einbringen. Ihr Engagement für unser Zusammenleben ist ein Gewinn für Alle. Wir unterstützen beispielsweise Projekte wie Nachmittagsbetreuung in Schulen und Kindergärten, Patengroßeltern für Familien oder Berufspatenschaften für Jugendliche beim Berufseinstieg. Diese ehrenamtlichen Tätigkeiten sollten auch durch Freifahrtscheine bei den öffentlichen Verkehrsmitteln unterstützt werden.

Ziel der FDP Werdohl ist es, dass aktiven Senioren die Gelegenheit gegeben wird, ihre speziellen Kenntnisse und Erfahrungen an Interessierte weiterzugeben. Seniorentreffs und Gesprächskreise sind zu fördern.

Integration – den Dialog pflegen und die Beherrschung der deutschen Sprache sichern

Nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist Deutschland auch weiterhin auf Einwanderung angewiesen. Wir brauchen Einwanderer und darum brauchen wir auch eine Willkommenskultur und die Ablehnung von Diskriminierung und Rassismus, und zwar nicht nur in Sonntagsreden.

Für uns Liberale ist es selbstverständlich, dass alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen. Als Liberale akzeptieren wir jedes private Glaubensbekenntnis, verlangen jedoch umgekehrt die unbedingte Anerkennung unserer Rechtsordnung. Die FDP akzeptiert nicht, dass etwa Kinder aus religiösen Gründen von Teilen des Schulunterrichts ferngehalten werden.

Integration erfordert auf beiden Seiten, nämlich bei den zu Integrierenden einerseits und bei der aufnehmenden Gesellschaft andererseits, die Akzeptanz des jeweils Anderen und den Willen zur Integration. Abschottung und Distanz sind zu verhindern, das Zugehen aufeinander ist zu bewerkstelligen, Vorurteile sind abzubauen.

Wir sind der Überzeugung, dass dies nur durch kontinuierlichen Dialog und ständigen Informationsaustausch geschehen kann. Veranstaltungen, in denen über notwendige gesellschaftliche Regelungen, über Freiheiten und deren Beschränkungen, über kulturelle und religiöse Hintergründe informiert und gesprochen wird, sind unerlässlich.

Die wichtigsten Schlüssel für gelungene Integration sind Sprache und Bildung. Wer nicht der deutschen Sprache mächtig ist, hat erheblich schlechtere Chancen im Berufsleben, aber auch bei der individuellen Entfaltung in unserer Gesellschaft. Daher unterstützt die FDP alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen. Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist und bleibt erste und bedeutendste Voraussetzung der Integration.

Kinder und Jugendliche in Gestaltungsprozesse einbeziehen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. Ihre Entwicklungschancen müssen neben einer guten Ausbildung auch durch die Förderung ihrer Eigeninitiative, Mitwirkung und Verantwortung für sich und ihre Mitwelt verbessert werden.

Kinder und Jugendliche sollen von klein auf erleben, dass ihre Anliegen von ihrem Umfeld ernst genommen werden und dass Erwachsene nicht nur über sie, sondern auch mit ihnen diskutieren. In unserer Kommune wollen wir uns dafür einsetzen, dass Kinder bei den sie betreffenden Vorhaben, z. B. der Spielplatzplanung, aktiv einbezogen werden. Auch Jugendliche müssen aus unserer Sicht stärker in die Entscheidungsprozesse vor Ort eingebunden werden, z. B. bei den sie betreffenden Beschlüssen - etwa zur Schulpolitik. Hierzu befürworten wir Schüler- bzw. Jugendparlamente.

Die FDP setzt sich außerdem dafür ein, Politiklehrer und ihre Klassen zu geeigneten öffentlichen Ausschuss- und Ratssitzungen einzuladen, um die Arbeit von Verwaltung und Politik besser kennen zu lernen. Dabei muss auch Wert auf eine gute gemeinsame Vor- und Nacharbeit der Veranstaltung gelegt werden.

Mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerbegehren ermöglichen

Nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern generell alle Bürger sollten mehr in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Jeder kann sich am öffentlichen Wettbewerb der Ideen und Argumente beteiligen, kann Projekte und Initiativen anschieben. Wir setzen auf die Gemeinschaft kooperierender Bürger, die gemeinsame Interessen in gegenseitigem Einvernehmen umsetzen.

Freiheitsorientierte Politik weiß um den Wert des bürgerschaftlichen Engagements. Bei Liberalen finden ehrenamtlich Engagierte Wertschätzung, Unterstützung und öffentliche Anerkennung. Dies gilt für steuerrechtliche (Ehrenamtspauschale) und haftungsrechtliche Maßnahmen genauso wie für neue Förderideen, z. B. die 'Zeitspende'.

Plebiszitäre Demokratieelemente sind fest für die kommunale Politik vorgesehen. Diese Möglichkeit, den Bürger als Ausgangspunkt kommunaler Politik nach seiner Meinung zu fragen und ihm Verantwortung zu übertragen, wird zu selten genutzt.

Gerade vor Ort sollten die Einwohner die Richtung der Entwicklung mitbestimmen. Die FDP wird in den nächsten sechs Jahren bei jeder grundsätzlichen Entscheidung von gewissem Gewicht prüfen, in wie weit eine Beteiligung der Bürger sinnvoll erscheint.

Haushalt und Gemeindefinanzen reformieren sowie Verwaltung weiter modernisieren

Eine grundlegende Gemeindefinanzreform vehement fordern

Kommunale Haushaltspolitik ist die Herausforderung unserer Zeit. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet, nicht mehr auszugeben als man hat. Das ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, dem alle vernünftigen Menschen auch in ihren privaten Angelegenheiten folgen. Das ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Denn es ist unanständig, künftigen Generationen hohe Schuldenberge zu hinterlassen.

Die von uns angestrebte hohe Lebensqualität in unserer Stadt kostet Geld. Gerade heute, in einer Zeit, in der Werdohl hoch verschuldet ist, benötigen wir eine liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, um unserer Stadt ihren Handlungsspielraum zurück zu geben und zu erhalten.

Unsere bewusste aber freiwillige Teilnahme am Stärkungspakt 'Sanierung Stadtfinanzen' mit dem Ziel, einen ausgeglichen Haushalt im Jahr 2018 zu erreichen, zeigt:

Wir sanieren unseren Haushalt durch intensivstes Sparen, also durch weniger Ausgaben wie weniger Straßenpflege, Reduzierung der Pflege von Grünanlagen und Brunnen. Gleichzeitig erhöhen wir die Einnahmen durch die Anhebung der Grund-, Gewerbe-, Hunde- und Vergnügungssteuer, Einführung einer kostenpflichtigen Parkraumbewirtschaftung und teilweise Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung.

Eine Erhöhung der Einnahmen durch wirtschaftsfreundliche Politik, die Arbeitsplätze schafft, und nicht auf Steuer- oder Abgabenerhöhungen setzt, gerät dabei immer mehr ins Hintertreffen.

Die FDP tritt dafür ein, alle Ausgaben immer wieder kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen. Dies erfordert eine umfassende und ständige Aufgabenkritik mit dem Ziel einer Konzentration auf das Wesentliche. Wir können vor Ort nicht alles verwirklichen, was wünschenswert ist, sondern nur das, was in unserer Kommune wirklich notwendig ist. Wir müssen die nicht investiven kommunalen Ausgaben deutlich zurückfahren, um in Zukunft noch investive Ausgaben tätigen zu können. Daher setzen wir Prioritäten: Vorrang hat, was Bildung und Arbeit schafft.

Die FDP Werdohl ist mit ihren Repräsentanten auf den überregionalen Ebenen in der Lage, die lokalpolitischen Ziele auch an der Stelle anzusprechen, wo übergeordnete Regeln notwendigerweise verändert werden müssen. Für die oben genannten Punkte arbeiten auch Bundes- und Landes-FDP mit ihren speziell entwickelten Forderungen für eine liberale Gemeindefinanzreform.

Für Werdohl ist es überlebenswichtig, dass 'alle an einem Strang ziehen', Bürgermeister(in), Verwaltung und Ratsfraktionen, und im Schulterschluss mit den anderen hoch verschuldeten Kommunen bei den entsprechenden übergeordneten Instanzen die konsequente und umfassende Gemeindefinanzreform vehement einfordern.

Die FDP Werdohl wird sich an diesem Einforderungsprozess ganz aktiv beteiligen.

Gewerbsteuer abschaffen helfen, Kommunalsteuer einführen helfen

Die Haushaltspläne der Stadt Werdohl der letzten Jahre zeigen die gnadenlose Abhängigkeit von den Gewerbesteuereinnahmen und unsere Ohnmacht, in vielen Bereichen handlungsunfähig zu sein.

Die FDP fordert seit Jahrzehnten die bundesweite Abschaffung der konjunkturanfälligen und völlig unkalkulierbaren Gewerbsteuer. Als Ausgleich sollen die Gemeinden ein eigenes Heberecht mit einem Zuschlag auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer erhalten. Dazu tritt als Ausgleich ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer.

Das liberale Gemeindefinanzmodell schafft die so notwendige höhere Stabilität der Einnahmen unserer Stadt. Es führt zudem zu einer größeren Sensibilität mit den städtischen Finanzen. Bürger und Unternehmer werden die kommunalen Leistungen kritischer betrachten, wenn hiervon die Höhe ihrer Kommunalsteuer abhängt.

Die beschlossene Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes war ausschließlich dem Stärkungspakt geschuldet. Solange es die Gewerbsteuer noch gibt, halten wir eine weitere Erhöhung des Hebesatzes für kontraproduktiv. Sie würde die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft weiter einschränken und Anreize zur Ansiedlung weiterer Unternehmen weiter vermindern.

Kostenabwälzungen durch Bund und Land bekämpfen

Die Stadt Werdohl ist – wie andere Kommunen auch - von Überschuldung bedroht. Die Schuldenberge sind so hoch, dass es vielen Kommunen das finanzielle Genick brechen wird, wenn die Zinsen für ihre Kredite auch nur geringfügig steigen. Hauptursache für diese bedrohlichen Schuldenberge ist, dass Bund und Land den Kommunen Pflichtaufgaben übertragen haben, ohne sie mit dem dafür notwendigen Geld zu versorgen. Liberale Kommunalpolitik ist vor allem auch Entschuldungspolitik.

Wir setzen uns für eine strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ein: Wer eine Aufgabe überträgt, muss dafür auch deren Kosten tragen:

Der Bund muss einen angemessenen Finanzierungsanteil an den Sozialleistungen übernehmen. Denn die hohen Soziallasten grenzen den finanziellen Spielraum der Kommunen immer stärker ein. Die letzte schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernommen. Jetzt muss der Bund auch bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen die Kommunen entlasten.

Gerade den nordrhein-westfälischen Kommunen wurden vom Land besonders viele Aufgaben übertragen, ohne hierfür das notwendige Geld zu bekommen. Die rot-grüne Landesregierung wird diesen Weg weitergehen, indem sie die Kommunen z. B. mit den Kosten für die Inklusion, den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, alleine lässt.

Der Solidarpakt Ost ist nicht mehr zeitgemäß. Die Unterstützung der Kommunen darf nicht mehr nach der Himmelsrichtung, sondern muss nach dem tatsächlichen Investitionsbedarf erfolgen. Der aktuelle Prognos-Zukunftsatlas zeigt, dass zahlreiche Städte und Kreise strukturell von der allgemein positiven wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland abgekoppelt sind. Da das Land die bestehenden Rückstände aus eigener Kraft nicht vollumfänglich auffangen kann, sollte über eine Anpassung der Bundesförderkulissen nachgedacht werden. Unabhängig davon sind wir weiterhin für die Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Steuern, die zur Erfüllung einer bestimmten Aufgabe eingeführt wurden, müssen nach Zielerreichung wieder gestrichen werden.

Privatisieren

Staatliche Aufgaben bzw. nichthoheitliche Aufgaben, die von privatwirtschaftlichen Trägern effizienter oder qualitativ besser gewährleistet werden, sollten nach unserer Auffassung privatisiert werden. Dazu gehört z. B., sobald die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind, die Abwasserbetriebe, die bisher als eigenes Vermögen ohne rechtliche Selbständigkeit organisiert sind, in eine GmbH umzuwandeln und anschließend, so wie die Stadtwerke GmbH, für private Beteiligungen zu öffnen.

Die Stadt hat sich nach Ansicht der Liberalen jeglicher wirtschaftlichen Betätigung zu enthalten, die von privaten Anbietern gleich gut oder besser erbracht werden kann. Wir denken dabei an den Baubetriebshof.

Moderne Verwaltung nach dem Leistungsprinzip

Die Verwaltung Werdohls muss das Dienstleistungszentrum für alle Bürger sein. Dabei kommt es für ihre Leistungsfähigkeit nicht auf ihre Größe und die Anzahl der Mitarbeiter an. Der Bürger muss von seiner eigenen Verwaltung als Kunde angesehen werden, dessen Zufriedenheit wichtigstes Ziel ist. Deshalb muss in der öffentlichen Verwaltung das Leistungsprinzip uneingeschränkt Vorrang vor Parteizugehörigkeit oder Laufbahnverordnungen haben, bei denen Leistungskriterien nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Bürgernahe Verwaltung – schlank, effizient und transparent

Der Staat soll den Bürgern dienen und nicht die Bürger dem Staat. Wir sind für die Zusammenlegung bestimmter Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Verwaltung im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. Denn das führt zu Kostensenkung, Effizienzsteigerung und eine Bündelung von Wissen.

Jede neue Aufgabe sollte dahingehend auf den Prüfstand kommen, ob sie wirklich notwendig ist. Kurze Entscheidungswege sparen bei allen Beteiligten nicht nur Zeit, sondern auch Geld und Nerven.

Die FDP will eine bürger- und serviceorientierte Verwaltung. Verwaltungsangestellte sollten nicht unter starren Vorschriften leiden, sondern im Arbeitsalltag pragmatisch und unbürokratisch handeln dürfen.

'Open Government' führt zu mehr Transparenz und Teilhabe. Die Durchschaubarkeit der Kommunalpolitik soll durch den Einsatz von Internet und modernen Kommunikationsmedien transparenter werden. Liberale Kommunalpolitik ist stets offen für neue Wege im Dialog mit den Bürgern. Die Legitimität und Akzeptanz politischer Entscheidungen gewinnt durch faire und transparente Verfahren, die die Beteiligung an der Willensbildung vieler offen einfordert. Wir wollen – wo immer möglich – die Hintergründe und Entscheidungsmotive dem Bürger zugänglich machen, bevor die endgültige Entscheidung getroffen wird.

Wir wollen, dass sich die Bürger einbringen und gemeinsam an der Entwicklung unseres Gemeinwesens mitwirken. Aufwand und Wirkung kommunalpolitischer Entscheidungen sind für die Bürger transparent darzustellen, weil diese nur dann in die Lage versetzt werden, verantwortungsvoll zwischen dem Wünschenswerten und dem Möglichen zu entscheiden.

Die Bürger sollten das Recht haben, Schuldengrenzen für kommunale Haushalte zu beschließen. Denn mit der Schuldenhöhe wächst die Abhängigkeit von der Finanzindustrie und sinkt die politische Selbstbestimmung.

E-Government noch weiter ausbauen

Zur modernen Verwaltung gehören auch moderne Wege der Kommunikation und Information. Es muss umfassend – mehr als bisher - die Möglichkeit geschaffen werden, über das Internet die Dienstleistungen der Stadt Werdohl in Anspruch zu nehmen. So präsentiert sich die Stadt Werdohl als professionelle Partnerin, mit der das Notwendige rasch und ohne Aufwand abgewickelt werden kann. Außerdem wird die Einbindung der Bevölkerung in Planungs- und Entscheidungsprozesse erleichtert.

Kommunalwahl am 25. Mai 2014

Übereinstimmend sind wir Werdohler Liberalen der Ansicht, dass die von uns gewollte Eigenständigkeit der Werdohler FDP nicht darunter leidet, wenn wir keine(n) eigene(n) Kandidaten / Kandidatin zur Wahl eines Bürgermeisters am 25. Mai 2014 aufstellen, denn unsere politischen Standpunkte werden in sorgfältig formulierten politischen Leitgedanken schriftlich und mündlich verdeutlicht.

Um innerhalb der verbleibenden Gestaltungsspielräume in Werdohl liberale Akzente setzen zu können, wollen wir mit Fraktionsstärke im Stadtrat und in den Ausschüssen vertreten sein. Dann können wir unsere positive Arbeit der letzten Jahre fortsetzen und ausbauen. Die FDP ist seit 1951 ununterbrochen in Fraktionsstärke im Rat der Stadt Werdohl vertreten, und dies soll auch in Zukunft so sein.

Deshalb am 25. Mai 2014

- ▶ ***Liberale in den Werdohler Stadtrat wählen !***

- ▶ ***FDP wählen !***

Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen. Gerade vor Ort können die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem eigenen Engagement zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes und ihrer Lebensqualität beitragen, in Bürgerinitiativen, in Vereinen oder der Kirche

... und gerne auch in unserer Partei !

Impressum:

Freie Demokratische Partei – FDP Ortsverband Werdohl
Altenaer Straße 22a, 58791 W e r d o h l www.fdp-werdohl.de

Jürgen Neumann, Fon 13292, Mail neumann-werdohl@t-online.de
Ortsvorsitzender

Christian Konitzer, Fon 0174-5971128, Mail koniwerdohl@googlemail.com
stellv. Ortsvorsitzender

Friedhelm Hermes, Fon 72000, Mail friedhelm.hermes@hermesconsult.de
Schatzmeister, Fraktionsvorsitzender

Stefan Sensenschmidt, Fon 0152-53390000, Mail: stefan@sensenschmidt.net
Schriftführer

Alexander Lilienbeck, Fon 0176-83162657, Mail lilienbeck@me.com
Beisitzer (Mitglied 'Junge Liberale')

Herbert Heimann, Fon 0152-33532702, Mail panam1@hotmail.de
Beisitzer

Dr. Anne Hermes, Fon 0160-90590617, Mail dr.anne.hermes@hermesconsult.de
Beisitzerin